



## **A. Sach- und Rechtslage**

Auf den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 01.11.2015, der dieser Vorlage als Anlage beigefügt ist, wird verwiesen.

Der Beschlussvorschlag, die Erklärung des Städteregionstages zur aktuellen Flüchtlingssituation zu unterstützen und sich dieser vollinhaltlich anzuschließen wird antragsgemäß zur Abstimmung gestellt.

## **B. Finanzielle Auswirkungen**

Durch den Beschluss: keine.

Hinweis: Die Forderung nach einer auskömmlichen Finanzierung der Aufwendungen ist Teil der Erklärung.

  
( Ritter )



**Anlagen**

Bürgermeisterin  
Margareta Ritter  
Rathaus  
52156 Monschau

Fraktion im Rat der Stadt Monschau

Rathaus  
Laufenstr. 84  
52156 Monschau

Monschau, 01.11.2015

### **Antrag zur Sitzung des Rates am 24.11.2015**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

unsere Fraktion bittet Sie, in die Tagesordnung der o.a. Sitzung den Tagesordnungspunkt

#### **Unterstützung der Gemeinsamen Erklärung des Städteregionstages zur aktuellen Flüchtlingssituation in der StädteRegion Aachen**

aufzunehmen und den folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung zu stellen:

#### **Der Rat der Stadt Monschau unterstützt die beigefügte Erklärung des Städteregionstages zur aktuellen Flüchtlingssituation in der StädteRegion Aachen und schließt sich dieser vollinhaltlich an.**

Begründung:

In seiner Sitzung vom 22.10.2015 hat der Städteregionstag die beigefügte „Gemeinsame Erklärung des Städteregionstages zur aktuellen Flüchtlingssituation in der StädteRegion Aachen“ mit übergroßer Mehrheit gegen wenige Gegenstimmen beschlossen.

Diese Erklärung bringt zum Ausdruck, dass der Städteregionstag sich bei seinen Entscheidungen sowohl der Situation der hier Schutz suchenden Menschen als auch der hier lebenden Bevölkerung bewusst ist.

Da dies für die Stadt Monschau in gleicher Weise der Fall ist, regen wir an, die Erklärung des Städteregionstages zu unterstützen und für die Stadt Monschau zu übernehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Fraktion  
Bündnis90/Die Grünen  
Werner Krickel  
Fraktionsvorsitzender

## Gemeinsame Erklärung zur aktuellen Flüchtlingssituation in der StädteRegion Aachen

I.

Der Städtereionstag nimmt die Positionspapiere des Deutschen Landkreistages und des Deutschen Städtetages zur Kenntnis und legt besonderen Wert auf folgende Feststellungen:

1. Die StädteRegion Aachen hat sich in den zurückliegenden Monaten mit praktischer und unbürokratischer Hilfe für Menschen in Not als weltoffene Region gezeigt, die Flüchtlingen Unterkunft bietet.
2. Die Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung ist beeindruckend. Es ist positiv zu erleben, wie engagiert sich Menschen jeden Alters einbringen, um Menschen in existenzieller Not zu helfen. Dies zeigt mit gelebter Hilfe, dass die StädteRegion Aachen eine soziale und menschliche Region ist.
3. Die Hilfestellungen der letzten Wochen wären ohne den enormen Einsatz von Ehrenamtlern, freiwilligen Feuerwehren, die Hilfsdienste des DRK, der Johanniter Unfallhilfe, des Malteser Hilfsdienstes, des THW u.v.m. nicht möglich gewesen. Hier ist ein kaum gekanntes Engagement zu erleben, das tief beeindruckt.
4. Auch die Menschen, die hauptberuflich tätig sind, dürfen nicht unerwähnt bleiben – sei es in den Kommunen, der Städtereionsverwaltung, den hauptamtlichen Feuerwehren, der Polizei u.v.m. Hier haben sich viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – neben Ihrem Dienst – in beeindruckender Weise eingebracht. Dies gilt in ganz besonderer Weise auch für das pädagogische Personal in Schulen und Kitas – zu erleben, wie engagiert sich ganze Schulgemeinschaften, trotz mancher Einschränkung, einbringen, ist teilweise unbeschreiblich positiv.
5. Alle städtereionalen Kommunen bringen sich in der aktuellen Situation in überzeugender Weise ein und bieten ihrerseits Menschen in akuter Not eine Zuflucht. Dies verdient mit besonderem Respekt herausgestellt zu werden.

## II.

Ungeachtet dieser positiven Erfahrungen, die zeigen, dass die Region zusammensteht, wenn es darum geht Menschen in Not zu helfen, legt der Städteregionstag ebenfalls Wert auf die Feststellung, dass die in einer krisenhaften Situation geschaffenen Strukturen nicht dauerhaft tragfähig sind.

Das in der vergangenen Woche von Bundestag und Bundesrat mit überwältigender Mehrheit verabschiedete Gesetzespaket zur Bewältigung der Flüchtlingskrise, welche zuvor von allen Ministerpräsidenten und der Bundeskanzlerin einvernehmlich begrüßt wurde, ist ein erster wichtiger Schritt, der nun konsequent weiter verfolgt werden muss.

Allerdings ist es kurzfristig unerlässlich, dass die zuweisenden Ebenen nun schnellstmöglich verbindlichere und verlässlichere Strukturen schaffen. Hierzu sind aus Sicht des Städteregionstages folgende Punkte unerlässlich:

1. Es muss kurzfristig ein geordnetes Zuweisungsverfahren geben. Das bisherige Verfahren, das keinerlei - kurz- und mittelfristige - Planung zulässt, ist dauerhaft nicht akzeptabel und nicht geeignet der schwierigen Situation vor Ort gerecht zu werden.
2. Um auch weiterhin ein breite Akzeptanz in der Bevölkerung zu erhalten, sind Gemeinschaftseinrichtungen wie z.B. Sporthallen u.ä. so bald wie möglich durch anderweitige Einrichtungen zu ersetzen, um Schulen und Vereinen, die sich zwar in beeindruckender Weise einbringen, mittelfristig wieder einen geordneten Unterricht bzw. Trainingsmöglichkeiten zu eröffnen.
3. Die Hilfsbereitschaft der Bevölkerung ist ungebrochen, dennoch müssen wir die möglichen Sorgen und Nöte der Bevölkerung ernst nehmen und ihnen mit sachgerechter Information und zielgerichteter Aufklärung begegnen. Da wo sich im Einzelfall im Sinne der Bevölkerung notwendiger Optimierungsbedarf ergibt, muss ebenfalls zeitnah gehandelt werden.

4. Die vorgesehenen Initiativen des Städteregionsrates und der regionsangehörigen Kommunen winterfeste Unterkünfte in Schnell- und Leichtbauweise in Zusammenarbeit mit der GWG bzw. den kommunalen Wohnungsbaugesellschaften o.ä. zu ermöglichen, werden vom Städteregionstag unterstützt und müssen durch alle Ebenen zeitnah und unbürokratisch begleitet werden.
5. Die Kommunen benötigen eine auskömmliche Finanzierung Ihrer Aufwendungen durch den Bund und die entsprechende, angemessene Weiterleitung dieser Mittel durch das Land.
6. Den regionsangehörigen Kommunen muss zeitnah eine weitergehende Perspektive eröffnet werden, wie mit dieser krisenhaften Situation mittel- und langfristig umgegangen werden soll. Dies ist eine Verpflichtung, die nicht nur im Hinblick auf die Kommunen, sondern auch auf die betroffenen Menschen unerlässlich ist.

### III.

Der Städteregionstag appelliert an alle Verantwortungsebenen mit vereinten Kräften Sorge zu tragen, dass die Akzeptanz in der Bevölkerung für die sichere Unterbringung von Kriegsflüchtlingen nicht gefährdet wird.